

Helen Konzett Bargetze **160 Millionen Franken sparen – aber wie?**

Als Auftakt zur Diskussion des Staatsbudgets 2010 an der Landtagssitzung vom November 2009 organisierte die Freie Liste eine FL-Versammlung. Das Thema «Staatshaushalt und Krise – wo sparen, wo nicht?» interessiert und betrifft uns letztlich alle.



Der Moderator: FL-Präsident Wolfgang Marxer

Als Referent konnte mit Thomas Lorenz, Leiter der Stabsstelle Finanzen, der Fachmann für das Budget 2010 unseres Staates gewonnen werden. Er zeichnete ein objektives Bild über die Situation des Staatshaushaltes und über die Grundlage, von der die Sanierungsprojekte für die nächsten Jahre ausgehen müssen. Der Einsparungs- und Sanierungsbedarf ist besorgniserregend: Insgesamt werden für 2010 rund 900 Mio. Franken benötigt, um die laufenden Ausgaben und die geplanten Investitionen zu decken. Dabei werden 20% der Ausgaben des Staates, das entspricht 180,7 Mio. Franken, nicht mehr durch die Ein-

nahmen gedeckt werden können, denn die Steuer- und Abgaben-Erträge sind im 2009 um ca. 112 Mio. Franken massiv eingebrochen. Und auch für das Folgejahr 2010 sind nochmals etwa 50 Mio. Franken Minder-Ertrag prognostiziert.

Dabei ist klar, dass der Haupteffekt auf die weltweite Wirtschaftskrise zurückzuführen ist, und nicht auf die Liechtensteiner Finanzplatzkrise.

Wenn die rund 1,5 Milliarden Franken an staatliche Reserven auf der «hohen Kante» per Ende Jahr ein gutes Finanzergebnis erzielen, könnte die Schiefelage des Budgets noch aufgefangen werden. Dies ist aber abhängig von der Situation der Börsen.

Das Sparziel ist klar definiert: Das eigentliche anzugehende Problem, dass auch mittelfristig die prognostizierten Einnahmen stark zurückgehen, erfordert künftig jährliche Einsparungen von ca. 160 Millionen Franken auf der Ausgabenseite des Staates. Nur so kann verhindert werden, dass die Reserven bis 2020 zur Gänze aufgezehrt sind.

Die grössten Aufwendungen tätigt der Staat für Soziale Wohlfahrt (30%) und Bildung sowie im Finanzausgleich mit den Gemeinden mit je 20%, gefolgt von der allgemeinen Verwaltung mit 14%. Innerhalb des Ausgabenpostens Soziale Wohlfahrt, sind die grossen Kostentreiber der Staatliche Pensionskassen-Zusatzbeitrag, die Krankenkassenbeiträge und die AHV.

In der engagierten Diskussion wird klar, dass das Problem des sogenannten strukturellen Defizits gelöst werden muss. Gesund wäre es nämlich, wenn die Staatskasse in Jahren mit einem durchschnittlichen Wirtschaftsverlauf ausgeglichen dasteht. Liech-

tenstein hat aber ein strukturelles Defizit. Das heisst, dass unser Budget nur in Jahren mit einem aussergewöhnlich guten Wirtschaftsverlauf und einem positiven Finanzergebnis ein ausgeglichenes Resultat erzielen kann.

Jährlich sind künftig 160 Mio. Franken einzusparen.

Wie das Problem angehen, wo den Sparhebel ansetzen? Verschärft wird das Problem dadurch, dass die kurzfristigen Einflussmöglichkeiten gering sind, denn ein etwa 90%iger Anteil der staatlichen Ausgaben ist gesetzlich oder vertraglich gebunden. Dazu kommen Unsicherheiten in Bezug auf die Steuereinnahmens-Entwicklung

Fazit

Allein über Einsparungen wird eine Reduzierung des Finanzdefizits kaum möglich sein. Eine Erhöhung der Erwerbs- und Vermögenssteuer sowie eine Überarbeitung des Finanzausgleichs an die Gemeinden muss diskutiert und darf nicht tabuisiert werden. Eine Gegenüberstellung: Von einer Steuer-Erhöhung (zurück auf das Niveau von 2001) sind mindestens 40 % der Bevölkerung nicht betroffen, sie würde aber zu Mehreinnahmen und mehr sozialer Gerechtigkeit führen.

Eine Erhöhung der Kopfprämie bei den Krankenkassen (als Folge z.B. einer Senkung des staatlichen Krankenkassen-Beitrags) würde alle treffen, und das ist abzulehnen. Der soziale Ausgleich ist weiterhin wichtig, die Freie Liste wird sich dafür einsetzen, dass nicht auf Kosten der wirtschaftlich Schwächeren und der Bildung gespart wird.



Die Information und Abstimmung über ein NEIN zur Initiative erfolgte im Anschluss an die Diskussion über mögliche Sparpotentiale.



Thomas Lorenz kennt den Sparweg.



Eine Erhöhung der Erwerbs- und Vermögenssteuer sowie eine Überarbeitung des Finanzausgleichs an die Gemeinden muss auch diskutiert werden.